Im Blick-punkt

Die Verhandlungen über die nächste Phase der europäischen Agrarpolitik fallen in die kommende Legislaturperiode in Deutschland. Dann wird sich entscheiden, ob es beim bisherigen, stark an der Fläche orientierten Fördersystem bleibt. Foto: Dusan Kostic/Fotolia

„Bauern würden zur Aufgabe gezwungen“

INTERVIEW *Bauernpräsident Rukwied lehnt verpflichtendes Tierschutzlabel ab*

Von unserem Redakteur
Reto Bosch

Wie soll sich die Landwirtschaft weiterentwickeln? Um diese Frage dreht sich der Deutsche Bauerntag am 28. und 29. Juni in Berlin. Der Deutsche Bauernpräsident, Joachim Rukwied aus Eberstadt, will im Wahljahr den versammelten Politikern die Kernforderungen des Berufsstands präsentieren. Dazu gehört: Die europäische Agrarförderung soll in ihren Grundzügen beibehalten werden.

Herr Rukwied, Sie erwarten beim Bauerntag in Berlin auch Bundeskanzlerin Angela Merkel. Haben Sie den Eindruck, dass sich die Kanzlerin für landwirtschaftliche Themen interessiert?
Joachim Rukwied: Ich habe Frau Merkel einige Male getroffen. Ja, sie interessiert sich für die Landwirtschaft, aber auch für den ländlichen Raum insgesamt. Sie weiß, dass diesem ein hoher Stellenwert zukommt.

Interesse ist das eine, Unterstützung das andere. Tut die Kanzlerin genug für die Bauern?
Rukwied: Wir sind gut unterstützt worden. Etwa als es darum ging, die Auswirkungen der Milchkrise finanziell abzufedern. Es gibt aber auch noch einige andere Beispiele.

Der Bauerntag im Wahljahr ist traditionell sehr politisch. Für Sie eine gute Gelegenheit, Forderungen zu formulieren. Was geben Sie den Politikern mit auf den Heimweg?

„Die Landwirte wollen gemeinsam mit Politik und Gesellschaft Zukunft gestalten.“

Rukwied: Wir wollen signalisieren: Die Landwirte wollen gemeinsam mit Politik und Gesellschaft Zukunft gestalten. Was Tierhaltung oder moderne Produktionsverfahren angeht. Dann nutzen wir den Bauerntag natürlich auch, um im Hinblick auf die nächste Legislaturperiode unsere Kernforderungen zu transportieren.

Und die wären?
Rukwied: Wir brauchen auch für die nächste Phase ab 2020 eine starke Gemeinsame Europäische Agrarpolitik (GAP) mit einer starken ersten Säule. Die Markt- und Wettbewerbsposition der deutschen Landwirtschaft muss gestärkt werden. Im Moment sind wir der schwächste Partner in der Wertschöpfungskette. Sehr wichtig ist für uns der Schutz des Eigentums und die Bereitschaft der Politik, Forschung und Innovationen zu unterstützen.

Sie haben die GAP bereits angesprochen. Warum wehrt sich der Bauernverband dagegen, Geld aus dem europäischen Fördertopf für Flächenprämien (erste Säule) in den Topf fließen zu lassen, aus dem Leistungen für die Allgemeinheit (zweite Säule) bezahlt werden?
Rukwied: Den Widerstand können wir nicht aufgeben. Aus der Verantwortung heraus unseren Betrieben gegenüber. Die letzten Jahre haben gezeigt, wie wechselhaft die Agrarmärkte sind, wie schnell Einkommen abstürzen können. Die beste Absicherung dagegen ist nach wie vor eine stabile erste Säule mit einer Direktzahlung. Und dieses Geld gibt es ja auch nicht umsonst. Wir müssen dafür höhere Standards und mehr als 2000 Gesetze einhalten. Mit dieser Haltung stehen die deutschen Bauern im Übrigen nicht allein, in diesem Punkt sind wir uns in Europa einig.

Sie haben Anfang des Jahres ein Positionspapier mit dem Titel „Veränderung gestalten“ vorgestellt. Sie wollten damit ein Signal des Aufbruchs aussenden. Aber ist dieses Signal wirklich im Berufsstand angekommen?
Rukwied: Das Signal ist in den Gremien bis hinunter zur Kreisebene angekommen. Wir tragen die Botschaft bei Versammlungen in den Berufsstand hinein. Wobei ich betonen muss, dass Bauern grundsätzlich bereit sind für Innovationen. Aber man muss einfach sehen, dass Veränderungen Zeit brauchen. Wenn ein Bauer – unter Beratung der Behörden – einen neuen Schweinestall gebaut hat, kann er diesen nach ein paar Jahren nicht gleich wieder fundamental umbauen. Investitionen müssen sich auch rechnen. Das braucht Zeit und vermittelt womöglich den Eindruck, dass die Landwirte nicht wollen.

Das Papier enthält wichtige Ansätze. Aber bei der Lektüre fragt man sich, warum der eine oder andere Punkt nicht längst umgesetzt ist.

„Wobei ich betonen muss, dass Bauern grundsätzlich bereit sind für Innovationen.“

Rukwied: Nehmen Sie das Beispiel Düngung. Da haben wir in der Region schon vor vielen Jahren Bodenuntersuchungen ins Leben gerufen, um bedarfsgerecht düngen zu können. Und das aus Eigeninitiative heraus. Klar ist aber auch, dass man Verfahren immer weiterentwickeln kann und muss.

Zu den umstrittensten Themen gehört die Tierhaltung. Gemeinsam mit den Vermarktern treiben Sie die Initiative Tierwohl voran. Diese steht aber in der Kritik, auch wegen vergleichsweise niedriger Haltungsstandards. Ist das wirklich mehr als eine Alibi-Aktion?
Rukwied: Nein, die Initiative ist viel mehr. Die teilnehmenden Betriebe müssen den Tieren beispielsweise mehr Platz zur Verfügung stellen und mehr Tierwohl in die Ställe bringen. Aus meiner Sicht ist das eine klare Verbesserung und der erste erfolgreiche Versuch, die Haltungsbedingungen flächendeckend weiter zu verbessern. Unser Ziel ist, dass bis 2020 fast jedes fünfte Schwein in einem Tierwohl-Stall steht. Die anderen Label konnten sich auf dem Markt nicht durchsetzen. Außerdem: Nach wie vor sagen Studien aus, dass 75 bis 80 Prozent der Menschen ihre Kaufentscheidung am Preis festmachen.

Warum wehren Sie sich gegen ein verpflichtendes Tierschutzlabel? Dann hätten die Verbraucher Klarheit.
Rukwied: Der Landwirt darf im Markt nicht auf der Strecke bleiben. Die zusätzlichen Kosten der Maßnahmen in der Initiative Tierwohl werden vom Handel ausgeglichen, noch strengere staatliche Standards würden zu höheren Produktionskosten führen, die der Landwirt allein tragen müsste. Damit würden die deutschen Landwirte sukzessive zur Aufgabe gezwungen, Importware würde den deutschen Markt versorgen. In Deutschland wird nur ein Viertel des Fleisches vom Einzelhandel vermarktet. Ein nicht unerheblicher Teil geht in den Export und da zählt die Wettbewerbsfähigkeit. In einer globalisierten Welt funktionieren nationale Alleingänge nicht. Die deutschen Bauern würden auf ihren höheren Kosten sitzen bleiben, der Strukturwandel würde beschleunigt.

Die Frostnächte im April haben viele Bauern hart getroffen. Sehen Sie inzwischen klar, wie groß die Schäden sind?
Rukwied: Die Schäden lassen sich noch nicht genau beziffern. Dass beim Steinobst der größte Teil der Ernte vernichtet ist, sieht man. Bei stark betroffenen Betrieben sind die Einbußen existenzgefährdend, zum Beispiel im Weinbau. Aber auch innerhalb einzelner Betriebe sieht die Situation je nach Lage sehr unterschiedlich aus. In der Region Heilbronn sind das Weinsberger Tal und Hohenlohe am stärksten betroffen.

Wie muss die Absicherung der Landwirte vor solchen Wetterereignissen aussehen? Versicherungsprämien sind ja teilweise sehr hoch.
Rukwied: Zunächst bin ich froh, dass das Land Baden-Württemberg die Fröste zur Naturkatastrophe erklärt hat, um den Bauern finanziell helfen zu können. Intern wird diskutiert, wie der Ausgleich im Detail aussehen kann. Dazu kommen Liquiditätsdarlehen. Wir müssen künftig über eine Ko-Finanzierung von Versicherungsprämien durch Land oder Bund nachdenken. Wir brauchen auch eine Investitionsförderung für Frostberegnungsanlagen.

Was tun die Landwirte selbst gegen den Klimawandel und seine Folgen?
Rukwied: In vielen Bereichen ist das sehr schwierig. Wie versuchen, durch veränderte Bodenbearbeitung und Mulchsaaten Wasser zu sparen und Erosion zu verhindern. In der Pflanzenzüchtung geht es darum, Sorten zu produzieren, die mit den veränderten Bedingungen besser zurechtkommen. Aber das sind Prozesse, die viele Jahre in Anspruch nehmen.

Herr Rukwied, wie sieht die Landwirtschaft in zehn Jahren aus?

„Wir müssen künftig über eine Ko-Finanzierung von Versicherungsprämien nachdenken.“

Rukwied: Ich wünsche mir, dass sie nach wie vor von Bauernfamilien getragen wird, dass sie noch nachhaltiger wirtschaftet. Dabei helfen werden moderne Produktionsmethoden. Die Bauernfamilien brauchen einen angemessenen Anteil an der Wertschöpfungskette. Daran müssen wir noch arbeiten.

Wird die Zahl der Bio-Betriebe in zehn Jahren deutlich höher sein?
Rukwied: Das ist eine Frage, die sich seriös nicht beantworten lässt. Nach gewisser Stagnation haben wir inzwischen wieder eine leichte Zunahme der Bio-Fläche. Ob sich dieser Trend so fortsetzt, wird sich zeigen. Entscheiden darüber wird der Verbraucher.

Zur Person

Joachim Rukwied (55, Foto: Archiv/Veigel) ist 2012 als Nachfolger von Gerd Sonnleitner zum deutschen Bauernpräsidenten gewählt worden. Im vergangenen Jahr wurde er für weitere vier Jahre bestätigt. Rukwied lebt in Eberstadt und führt dort einen Hof, der etwa 300 Hektar bewirtschaftet. Rukwied ist verheiratet und hat drei Kinder. Der Deutsche Bauernverband vertritt die Interessen von knapp 300 000 Landwirten. Zum Bauerntag in Berlin unter dem Motto „Gemeinsam Zukunft gestalten“ werden hochkarätige Vertreter aus der Politik erwartet, darunter Bundeskanzlerin Angela Merkel. *bor*